

Fragen

für die Fragestunde der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. September 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Lay, Caren (DIE LINKE.)	7, 8
Brandner, Stephan (AfD)	9, 10	Luczak, Jan-Marco, Dr. (CDU/CSU)	5, 6
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	28, 35	Mack, Klaus (CDU/CSU)	43, 44
Bystron, Petr (AfD)	20, 29	Nicolaisen, Petra (CDU/CSU)	11, 12
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	23, 38	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	17, 18
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	39, 40	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	45, 46
Görke, Christian (DIE LINKE.)	24, 25	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	33, 34
Heil, Mechthild (CDU/CSU)	15	Renner, Martina (DIE LINKE.)	21, 22
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	30, 41	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	13, 14
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	47, 48	Schattner, Bernd (AfD)	1, 2
Kießling, Michael (CDU/CSU)	19	Seitz, Thomas (AfD)	36
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	3, 4	Spahn, Jens (CDU/CSU)	26, 27
Latendorf, Ina (DIE LINKE.)	37, 42	Zeulner, Emmi (CDU/CSU)	16

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie definiert die Bundesregierung nachhaltiges Bauen?

2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie setzt sich die Bundesregierung für den bezahlbaren Wohnraum ein?

3. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Welche Kosten wird die Umsetzung des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze bis 2040 für Bund, Länder, Kommunen, die Wirtschaft und private Haushalte nach Kenntnis der Bundesregierung in Summe verursachen (www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/Webs/BMWSB/DE/Downloads/kabinettsfassung/kommunale-waermeplanung.pdf;jsessionid=4BA707B4B0DDFCFA62E0BC2E1F7FAF98.2_cid340?__blob=publicationFile&v=1)?

4. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Auf welcher Rechtsgrundlage sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die für die Umsetzung der Bestands- und Potenzialanalysen des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze notwendigen Daten erhoben werden, und von welchen Registern und Datenbanken bezüglich der Wärmepläne ist im Gesetzentwurf die Rede (www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/Webs/BMWSB/DE/kommunale-waermeplanung.html)?

5. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU) Wie soll konkret die durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) angekündigte (www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2023/08/wef-anpassungen.html) Anpassung der Förderrichtlinien der am 1. Juni 2023 gestarteten KfW-Wohneigentumsförderung für Familien angesichts der nach knapp zwei Monaten nur 99 bewilligten Förderanträge aussehen, und wie ist der Umsetzungsstand dazu?

6. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU)
- Wie sollen konkret die durch die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz gegenüber der Presse angekündigten (u. a. www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/abschreibung-in-der-steuer-degressive-afa-beim-wohnungsbau_84342_602294.html) Abschreibungsmöglichkeiten für Neubauten ab dem kommenden Jahr aussehen, mit denen die Bundesministerin dem dramatischen Einbruch bei den Baugenehmigungen und dem damit verbundenen Rückgang der Bauinvestitionen gegensteuern will, und wie weit ist der Abstimmungsprozess hierzu fortgeschritten?
7. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Welche Zielvorstellungen hat die Bundesregierung für den Aufbau der Neuen Wohngemeinnützigkeit in dieser Wahlperiode, vor allem in Hinblick darauf, wie viele Wohnungen in dieser Wahlperiode gemeinnützig werden sollen?
8. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wann und wie möchte die Bundesregierung den Entschluss des Deutschen Bundestages vom 7. Mai 2021 (Bundestagsdrucksache 19/29396) umsetzen, Clubs und Livemusikspielstätten in der Baunutzungsverordnung als Kultureinrichtungen zu verankern?
9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bereits umgesetzt, und welche Prioritäten setzt es für die zweite Hälfte der Legislatur?
10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Vor- und Nachteile hat nach Ansicht der Bundesregierung die kommunale Wärmeplanung, die das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen vorantreibt?
11. Abgeordnete
Petra Nicolaisen
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, dass im Rahmen des Konnexitätsprinzips die Kommunen die Kosten, die sich durch den am 16. August 2023 im Bundeskabinett beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ und die daraus resultierende Pflicht der Kommunen, eine Wärmeplanung zu erstellen, ergeben, aufgabenangemessen und auskömmlich erstattet bekommen müssen, und wie würde eine solche Erstattung dann aussehen?

12. Abgeordnete
Petra Nicolaisen
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung die in ihrem am 16. August 2023 im Bundeskabinett beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ verkürzten Fristen für die Kommunen zur Erstellung ihrer Wärmepläne um jeweils sechs Monate, also bis 31. Dezember 2026 für Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern beziehungsweise 31. Dezember 2028 für Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern?
13. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Ideen und Projekte verfolgt die Bundesregierung im Bereich von Smart Cities/Regions, um die Wärmewende auch als Infrastrukturwende zu nutzen, und welche konkreten Haushaltsmittel stehen im Haushalt 2024 zur Verfügung zum Fortführen bzw. Ausweiten der Modellprojekte Smart Cities?
14. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie wird das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) in Verbindung mit dem angekündigten Wärmeplanungsgesetz zur Senkung von Baustandards im Wohnungsbausektor führen, um vor dem Hintergrund der gestiegenen Zinsen für Immobilienkredite, insgesamt gestiegener Baukosten, dem Fachkräftemangel sowie allgemeiner makroökonomischer Unsicherheiten (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 21, Plenarprotokoll 20/114) dem erklärten Ziel der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zum Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr doch noch näher zu kommen?
15. Abgeordnete
Mechthild Heil
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus baufachlicher und bauphysikalischer Sicht die Möglichkeiten, im Altbaubestand Wärmepumpen als hauptsächliche Heizung einzusetzen, und welchen vorherigen baulichen Sanierungsaufwand (z. B. Fassadendämmung, Fenster, Flächenheizungen) nimmt die Bundesregierung dabei für den wirtschaftlichen Betrieb einer Wärmepumpe bei den verschiedenen Altersklassen von Altbauten an (bitte die Kosten pro Quadratmeter zu sanierender Gebäudefläche angeben)?
16. Abgeordnete
Emmi Zeulner
(CDU/CSU)
- Warum kürzt die Bundesregierung im ersten Programmjahr die Mittel für die Städtebauförderung, obwohl dies eines der etabliertesten und effektivsten Instrumente ist – gerade für die Entwicklung der ländlichen Räume?

17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welches Zwischenfazit zieht die Bundesregierung zur Inanspruchnahme des nunmehr angelaufenen Programms zur Eigenheimförderung für Familien (vgl. www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/eigenheim-forderung-bundesbauministerin-klara-geywitz-cd u-kritik und www.zeit.de/wirtschaft/2023-05/kfw-familienfoerderung-bundesregierung-beginn, jeweils zuletzt abgerufen am 21. Juni 2023)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

18. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sind die jüngsten Einlassungen des Sprechers der Bundesregierung Steffen Hebestreit hinsichtlich des Abbruchs eines Interviews des Norddeutschen Rundfunks (NDR) mit dem damaligen Bundesminister der Finanzen und jetzigen Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2020 bei einer Nachfrage zur sogenannten Cum-Ex-Affäre so zu verstehen, dass der Bundeskanzler bzw. die Bundesregierung zu Sachverhalten generell in Interviews keine Stellung bezieht, wenn diese – wie vorgegeben – der Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt sind (vgl. dazu daserste.ndr.de/panorama/aktuell/olaf-scholz-und-cum-ex-sind-erinnerungsluecken-ansteckend,hebestreit108.html und www.focus.de/politik/deutschland/regierungssprecher-unterband-kritische-frage-ndr-nimmt-hebestreits-aeusserungen-zu-abbruch-von-scholz-interview-auseinander_id_199485354.html, jeweils zuletzt abgerufen am 21. Juli 2023)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

19. Abgeordneter
Michael Kießling
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das Wärmeplanungsgesetz in die parlamentarische Beratung einzubringen, und wie soll nach Inkrafttreten des Gesetzes rechtssicher ermittelt werden, dass ein 50-prozentiger Anteil von Wärme aus erneuerbaren Energien in Wärmenetzen bis zum 1. Januar 2030 vorliegt?

20. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse, wie viel Deutschland im Jahr 2023 monatlich (oder für das Gesamtjahr 2022 sowie das bisherige Jahr 2023) an Russland für Energieträger (Gas, Öl, Kohle, Uran etc.) bezahlt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wird gegen den Zollbeamten, welcher die persönlichen Daten u. a. eines Journalisten abgefragt und an einen befreundeten Rechtsextremisten weitergegeben haben soll (www.br.de/nachrichten/bayern/zollbeamter-gab-gesperrte-adresse-an-neonazi-weiter,Tp9WiG5), noch ein Disziplinarverfahren geführt, oder ist dieses bereits abgeschlossen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
22. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie wird in den Dateisystemen des Zolls einschließlich Zollkriminalamt sichergestellt, dass die Abfrage persönlicher Daten von Bürgerinnen und Bürgern nicht missbräuchlich erfolgen kann, und wie werden solche Abfragen nachprüfbar protokolliert (www.br.de/nachrichten/bayern/zollbeamter-gab-gesperrte-adresse-an-neonazi-weiter,Tp9WiG5)?
23. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe leistet die Bundesregierung seit dem 24. Februar 2022 bis zum aktuellen Stichtag Militärhilfe an die Ukraine (AFP vom 13. September 2023; bitte getrennt nach bereits geleisteter und zugesagter Unterstützungsleistung unter jeweiliger Angabe der Höhe des Wertes der Waffen und Ausrüstung sowie Finanzhilfe mit militärischem Zweck auflisten), und in welcher Höhe erfolgt diese Militärhilfe an die Ukraine über spezielle Förderungen (bitte die Höhe entsprechend getrennt nach Zuschüssen, Krediten, Darlehen und Garantien sowie nichtrückzahlbaren Anteil in Euro auflisten)?
24. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuerausfälle bzw. Mehreinnahmen, wenn die Umsatzsteuersenkung auf Gas- und Fernwärmelieferungen über den 31. März 2024 hinaus bis zum 31. Dezember 2024 verlängert würde bzw. vorzeitig zum 31. Dezember 2023 auslaufen würde (vgl. www.rheinpfalz.de/politik/artikel,-ab-anfang-2024-werden-gas-und-fernwaerme-wieder-teurer-_arid,5549086.html)?

25. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Welche Veränderung des Steueraufkommens hätte es – sofern der Bundesregierung entsprechende Berechnungen vorliegen – zur Folge, wenn der Höchststeuersatz („Reichensteuersatz“) auf 47 Prozent angehoben und ab 302.825 Euro zu versteuerndem Einkommen gelten würde?
26. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Setzt sich die Bundesregierung für eine Verlängerung des Spitzenausgleichs bei den Stromkosten ein, und in welcher Höhe würde der Wegfall des Spitzenausgleichs nach Berechnungen der Bundesregierung die Stromkosten für Unternehmen erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

27. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Referentenentwürfe der Bundesregierung bzw. einzelner Ressorts befinden sich derzeit in Ressortabstimmung (bitte einzeln die 14 jüngsten Referentenentwürfe unter Angabe des Zeitplans zur Einbringung ins Kabinett auflisten und auch mitteilen, ob sich darüber hinaus noch Referentenentwürfe in Ressortabstimmung befinden)?

28. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Wie hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit Februar 2022 über die Asylanträge von männlichen russischen Staatsbürgern im wehrfähigen Alter entschieden (bitte nach den unterschiedlichen Entscheidungen und Jahren aufschlüsseln und auch die Zahl der Asylanträge aus dieser Gruppe nennen), und setzt das BAMF das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20. März 2023 (Az. 33 K 143.19 A, insbesondere die Randnummern 78 ff.), wonach wegen einer drohenden Einberufung zum Wehrdienst bzw. eines möglichen völkerrechtswidrigen Kriegseinsatzes in der Ukraine einem 17-jährigen russischen Staatsangehörigen subsidiärer Schutz zu gewähren ist, durch allgemeingültige interne Vorgaben, Leitsätze usw. in diesem Sinne um, auch vor dem Hintergrund, dass der Bundeskanzler Olaf Scholz sich vor einem knappen Jahr dafür ausgesprochen hatte, Russen, die sich nicht an einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligen wollen, Schutz anzubieten (www.bundesregierung.de/breg-de/suche/interview-scholz-noz-2130514) und die Bundesregierung im Januar 2023 erklärt hatte, dass eine entsprechende Überprüfung der Entscheidungspraxis des BAMF zu russischen Kriegsdienstverweigerern „möglichst zeitnah abgeschlossen werden“ sollte (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 59, Plenarprotokoll 20/81; wenn nein, bitte so konkret wie möglich vor dem Hintergrund der Äußerung des Bundeskanzlers ausführen und begründen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von den Äußerungen des südafrikanischen Politikers Julius Malema, der ein Lied gesungen hat, in dem zur Tötung von Weißen (Buren) aufgerufen wurde, und wenn ja, wie positioniert sie sich dazu (vgl. www.africa-live.de/suedafrika-eff-fuehrer-julius-malema-singt-schiess-um-zu-toeten-toete-den-buren-toete-den-farmer-und-legt-sich-mit-elon-musk-an/)?

30. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine vor dem Hintergrund von Presseberichten, dass Männer in der Ukraine mit Gewalt gegen ihren Willen festgenommen werden, um sie für die ukrainische Armee zu rekrutieren (www.blick.ch/ausland/ingesammelt-auf-der-strasse-ingesammelt-auf-der-strasse-id18432221.html), und dass Vertreter der pazifistischen Bewegung wie z. B. der Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung Jurij Scheljashenko und ihr Vorsitzender Ruslan Kotsaba durch die ukrainischen Behörden verfolgt werden (siehe „Ukrainischer Pazifist unter Hausarrest“ in der Frankfurter Rundschau vom 19. August 2023, S. 8, sowie „Ist Kriegsdienstverweigerung auch in der Ukraine gerechtfertigt?“ in der Frankfurter Rundschau vom 12. August 2023, S. 4) aktuell real gewährt, und wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber der Ankündigung des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und weiterer ukrainischer Politiker, die Auslieferung ukrainischer Männer, die sich in den EU-Staaten aufhalten und über einen befristeten humanitären Aufenthaltsstatus verfügen, zu beantragen (vgl. Ankündigung des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, siehe dazu „Präsident Selenski will die letzten Reserven mobilisieren – das hat keine rechtliche Grundlage“ in [taz.de tageszeitung](http://taz.de/tageszeitung) am 7. September 2023 sowie die Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion „Diener des Volkes“ Dawyd Arachamija, siehe dazu www.dw.com/ru/realna-li-ekstradicia-iz-frg-ukrainskih-uklonistov-ot-armii/a-66790414)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

31. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus jüngst erhobenen Forderungen nach einem Mietstopp (taz.de/Teure-Mieten/!5953186/), und plant die Bundesregierung, dahingehend Schritte zu ergreifen?
32. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Umsetzung der laut dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP geplanten Senkung der Kappungsgrenze auf 11 Prozent innerhalb von drei Jahren in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten, und wann wird die Mietpreisbremse bis 2029 verlängert?

33. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wurde mit der Beendigung der Bestellung des Sprechers der Geschäftsführung der juris GmbH und seines Anstellungsvertrages zum 31. August 2023 (siehe Antwort auf meine Schriftliche Frage Nr. 9/3) auch sein Sonderurlaub gemäß § 22 Absatz 1 der Verordnung über den Sonderurlaub für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie für Richterinnen und Richter des Bundes (SUrlV) zur Wahrnehmung seiner Tätigkeit als Sprecher der Geschäftsführung der juris GmbH beendet (Bundestagsdrucksache 20/6057, S. 19), und wenn ja, ist er zum 1. September 2023 in seinen aktiven Dienst als Beamter zurückgekehrt (bitte unter Angabe der aktuellen Beschäftigungsbehörde, Aufgabe, ggf. Abteilung/Referat, siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 55 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Amtsbezeichnung und Besoldung aufschlüsseln), und wenn nein, aus welchen im Einzelnen aufzuführenden Gründen wurde sein Sonderurlaub gemäß § 22 Absatz 1 SUrlV zur Wahrnehmung seiner Tätigkeit als Sprecher der Geschäftsführung der juris GmbH nicht zum 31. August 2023 beendet?
34. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Durch welchen Beendigungstatbestand wurde das Anstellungsverhältnis des Sprechers der Geschäftsführung der juris GmbH zum 31. August 2023 beendet (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage Nr. 9/3), und welche finanziellen Ansprüche stehen dem Sprecher der Geschäftsführung der juris GmbH aufgrund oder im Zusammenhang mit der Beendigung seines Anstellungsverhältnisses zum 31. August 2023 bzw. aufgrund des oder im Zusammenhang mit dem auflösenden Beendigungstatbestand im Einzelnen zu (bitte die einzelnen Ansprüche und deren jeweilige Höhe aufschlüsseln und dabei bitte auch die bzw. den Anspruchsgegner angeben)?
35. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung für die in dem Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt – vom 26. Juli 2023 (BGBl. I 2023, Nr. 203 vom 2. August 2023) beschlossene Verkürzung der Ersatzfreiheitsstrafe – spätestens zum Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs Ende 2022 – geprüft, ob alle Bundesländer die Umsetzung der Halbierung der Ersatzfreiheitsstrafe durch ihre IT-Systeme jeweils gewährleisten können, bevor der 1. Oktober 2023 als Stichtag für das Inkrafttreten des Gesetzes festgelegt wurde, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum erfolgte keine Prüfung?

36. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Ist der Bundesregierung der von dem Ökonomen Dr. Markus Krall auf der Social-Media-Plattform „Twitter“ (https://twitter.com/Markus_Krall/status/1695201763597435372) veröffentlichte Vorgang hinsichtlich des von ihm behaupteten Abhörens eines Telefonats mit Dr. Hans-Georg Maaßen, der zu diesem Zeitpunkt bereits von Dr. Markus Krall als sein Rechtsanwalt beauftragt worden war, bekannt, und wurde das Telefonat zwischen Dr. Markus Krall und seinem Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Maaßen tatsächlich abgehört?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

37. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand des im April 2023 von der EU-Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie über Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang muss in Mali befindliche Munition der Bundeswehr dem Zugriff Dritter wie islamistische Terroristen im Zuge des Bundeswehrazugs entzogen werden (bitte nach Munitionsarten getrennt danach auflisten, in welchem Umfang diese nach Deutschland zurückgeführt bzw. vor Ort vernichtet werden muss; AFP vom 5. Juli 2023, www.zeit.de/2023/29/bundeswehr-mali-abzug-un), und in welchem Umfang wurde bereits in Mali befindliche Munition der Bundeswehr vor Ort vernichtet (bitte nach Munitionsarten unter Nennung des Anschaffungswerts auflisten; www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100202852/abzug-aus-mali-bundeswehr-will-eigene-waffen-unschaedlich-machen.html; www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-bestaetigt-berichterueber-vernichtung-von-munition-grundsatzlich-102.html)?

39. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen hat das Bundesministerium der Verteidigung bzw. das nachgeordnete Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr innerhalb der vergangenen sechs Monate Vertragsstrafen infolge der Aufhebung von Beschaffungsverträgen aufgrund der Unerfüllbarkeit der vertraglich vereinbarten Forderungen eingefordert, und welche Gesamtsumme solcher Vertragsstrafen ist in der genannten Zeitspanne vom Bundeshaushalt vereinnahmt worden?
40. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Aus welchen konkreten Gründen liegen nach der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 53 auf Bundestagsdrucksache 20/8183 für das Beschaffungsvorhaben „Einsatzboote mittlerer Reichweite für das Kommando Spezialkräfte der Marine“ als Meilensteine ausschließlich die Veröffentlichung eines entsprechenden Teilnahmewettbewerbs sowie die damit zusammenhängende Teilnahmefrist, nicht jedoch die aus meiner Sicht zu erwartenden Meilensteine wie z. B. parlamentarische Beratung der 25-Mio.-Euro-Vorlage, Zulauf des ersten sowie Zulauf des letzten Bootes vor bzw. sind entsprechend im Rahmen einer Prognose benannt sowie jeweils terminiert, und plant das Bundesministerium der Verteidigung, beim erwähnten Beschaffungsvorhaben ein marktverfügbares Produkt – ggf. im Rahmen eines FMS-Kaufes – zu beschaffen oder wird eine – zumindest partielle – Entwicklungslösung angestrebt?
41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Findet das Missile Technology Control Regime (MTCR) nach Einschätzung der Bundesregierung auf die im Bestand der Bundeswehr befindlichen Lenkflugkörper vom Typ „Taurus“ Anwendung (bitte erläutern und ggf. Kategorie benennen), und welche Verpflichtungen resultieren für die Bundesregierung daraus für eine Lieferung an die Ukraine oder andere Staaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

42. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Wie viele unter deutscher Flagge operierende Fischereifahrzeuge haben seit 2012 wie viele Tonnen Fisch vor der Küste der völkerrechtswidrig vom Königreich Marokko annektierten Westsahara erbeutet?

43. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Wie ist der gesetzgeberische Stand zu dem vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir in den Medien im Januar 2023 angesprochenen Vorhaben zur Einführung einer sogenannten Positivliste zur privaten Haltung von Wildtieren als Haustiere, und um welche Gesetzesvorhaben handelt es sich (z. B. Änderung des Tierschutzgesetzes und/oder des Bundesnaturschutzgesetzes)?
44. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Welche Gelegenheit hat die Bundesregierung bisher auf höchster politischer und diplomatischer Ebene, wie z. B. bilaterale Regierungskonsultationen, UN-Biodiversitätskonferenz vom Dezember 2022, G20-Gipfeltreffen im September 2023 etc., genutzt, um den Forderungen des Antrags der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Bundestagsdrucksache 20/4057) vom Oktober 2022 zur Einrichtung des antarktischen Weddellmeeres als internationales Meeresschutzgebiet zu entsprechen, und wie lauten die Ergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

45. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung über – wie auch an mich herantragene – Vorfälle Kenntnis, wonach Facharztpraxen Druck auf Hausarztpraxen ausüben würden, Patienten ohne dringliche Beschwerden einen Dringlichkeitscode im Rahmen der Bestimmungen des Terminservice- und Versorgungsgesetzes auszustellen, um so mehr Patienten von deren Hausärzten überwiesen zu bekommen, und wenn ja, wie will die Bundesregierung diesem Fehlverhalten solcher Fachärzte entgegensteuern?
46. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel wendet die Bundesregierung für die aktuellen Kampagnen zu Cannabis auf, und welche Ausgaben sind für künftige Kampagnen zu Cannabis und dessen Legalisierung geplant (bitte nach Jahren, Verwendung und Höhe aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

47. Abgeordneter **Thomas Jarzombek**
(CDU/CSU) Wie viele Mittel sind 2023 für die Deutsche
Agentur für Transfer und Innovation veran-
schlagt, und wie viele Mittel werden voraussicht-
lich verausgabt?
48. Abgeordneter **Thomas Jarzombek**
(CDU/CSU) Wie haben sich die Ausgaben bzw. Haushaltsan-
sätze im Bereich „Fusionsforschung“ in den
Jahren 2022 und 2023 entwickelt, und wie viele
Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der
Bundesregierung dem Bundesministerium für Bil-
dung und Forschung in den Jahren 2024 und 2025
im Bereich „Fusionsforschung“ zur Verfügung
(bitte titelscharf auflisten)?

